

Wolfenbüttel, 07.11.2016

**Protokoll
über die Sitzung der Asse 2 Begleitgruppe am 04.11.2016**

Sitzungstermin: Freitag, 04.11.2016
Sitzungsbeginn: 14:05 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Ort, Raum: Trainings- und Weiterbildungszentrum e.V.
Am Exer 9, 38302 Wolfenbüttel

Teilnehmende:

Landkreis Wolfenbüttel:	Frau Steinbrügge, Herr Schillmann, Frau Geffers
BMUB:	Frau Dr. Seftig, Herr Hart, Herr Dr. Eilers
NMU:	Herr Lauenstein, Herr Dr. Leist, Herr Rosendahl
BfS:	Herr Dr. Tietze, Herr Mohlfeld, Herr Dr. Bautz, Frau Stelljes, Frau Wilmanns
LBEG:	Herr Dr. Rückwald
Asse – GmbH:	Herr Köhler, Herr Dr. Lennartz
Betriebsrat Asse – GmbH:	Herr Reimann
PTKA – KIT:	Herr Dr. Stacheder, Frau Dr. Stumpf
Experten der AGO:	Herr Dr. Hoffmann, Herr Kreusch, Herr Dr. Krupp, Herr Neumann
Kreistag:	Herr Bosse, Herr Dette
Samtgemeinden:	Frau Bollmeier, Herr Nagel, Frau Eickmann-Riedel
Stadt Wolfenbüttel	Herr Lukanic
Stadt Salzgitter:	-
Stadt Braunschweig:	Frau Costabel
Bürgerinitiativen:	Herr Wypich, Herr Kramer, Frau Wiegel, Herr Wiegel, Herr Riekeberg
BUND / NABU Nds.:	Frau Wassmann
Öffentlichkeitsarbeit:	Herr Fuder
Gast:	Herr Schröder

Tagesordnung:

- TOP 1: Eröffnung der Sitzung
- TOP 2: Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 3: Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 4: Situation im Begleitprozess, Frau Steinbrügge
- TOP 5: Notfallvorsorge / Drainage / Risikoabwägung:
 - AGO-Stellungnahme zum BfS-Bericht Risikoabwägung
 - Zu den Forderungen der a2b vom 02.09.2016
 - Konsequenzenanalyse

- TOP 6: Bericht aus der AGO
 - Parameterstudie
 - Bergetechnik
 - TOP 7: Sachstandsberichte des BfS
 - Standortsuche Zwischenlager: Verfahrensstand und weitere Schritte
 - Strategische Vorgehensweise der Rückholung
 - Verwertung der Zutrittslösung
 - Schacht 5
 - 3D-Seismik
 - TOP 8: Bericht aus dem NMU
 - TOP 9: Bericht aus dem LBEG
 - TOP 10: Fragen aus der Bevölkerung
 - TOP 11: Verschiedenes
 - TOP 12: Terminabsprachen
-

TOP 1: Eröffnung der Sitzung

Frau Steinbrügge begrüßt die Teilnehmenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 2: Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

TOP 3: Genehmigung der Tagesordnung

Frau Steinbrügge schlägt vor, die Berichte aus dem NMU und dem LBEG vorzuziehen. NMU und LBEG sollten vor der AGO berichten.

Frau Wiegel möchte unter dem TOP „Notfallvorsorge / Drainage / Risikoabwägung“ die Forderungen des A2K verlesen.

Frau Wiegel hat Änderungswünsche zum letzten Protokoll und möchte hierzu einen TOP einfügen. Ein TOP 4 neu wird eingefügt.

TOP 4 neu: Genehmigung des Protokolls vom 02.09.16

Frau Wiegel trägt ihre Anmerkungen zum Protokoll vom 02.09.16 vor. Die jeweils betroffenen Redner sind mit dem vorliegenden Protokoll einverstanden (S. 3, Herr Lauenstein; S. 4, Herr Krupp; S. 5, Herr Tietze).

Herr Kramer weist auf die Homepage der a2b hin und verleiht seiner Unzufriedenheit mit dem Aufbau der Seite Ausdruck. Beispielsweise lassen sich die Protokolle dort schwer finden.

TOP 4: Situation im Begleitprozess

Frau Steinbrügge berichtet über die durchgeführte Konfliktmoderation, die Ende Juni 2016 beendet worden ist. Es gibt kein einhelliges Mandat für die Fortsetzung dieses Prozesses. So sehen sich die Hauptverwaltungsbeamten in der Verantwortung. Bis Ende des Jahres soll ein Vorschlag zur Anpassung des Begleitprozesses vorgelegt werden.

Die AGO-Verträge sollen gemäß BMUB zunächst für weitere sechs Monate weitergeführt werden.

Herr Neumann: Für ein Gutachter- und Beratungsunternehmen ist der Zustand, unter Berücksichtigung des Arbeitsaufwands und der im Voraus zu berücksichtigenden Termine, mit einer Laufzeitverlängerung um 6 Monate unhaltbar.

Herr Hart: Der Begleitprozess soll fortgeführt werden.

Frau Wiegel verweist auf den Beschluss in der a2b, die Verträge für die 5 Experten zu verlängern.

Herr Hart: Was künftig vom Bund zu finanzieren ist, hängt davon ab, was das Ergebnis der Anpassung des Begleitprozesses ist.

Herr Kramer fordert Planungssicherheit für den Begleitprozess und plädiert für eine Laufzeit der Verträge von am besten zwei Jahren.

Herr Riekeberg unterstreicht die Bedeutung der Wissenschaftler für den Begleitprozess. Es gibt eine gültige Geschäftsordnung und die Begleitgruppe kann auf dieser Grundlage bis auf weiteres arbeiten.

Herr Schröder plädiert für eine Mindestlaufzeit von einem Jahr, weil alle Termine der a2b/A2B ein Jahr im Voraus geplant werden.

Herr Nagel: Die a2b ist auf die Arbeit der Wissenschaftler angewiesen.

Fazit: Die a2b hat die Erwartung, dass die Verträge für die Mitglieder der AGO mindestens für ein Jahr abgeschlossen werden.

Herr Hart: Es erfolgt eine befristete Verlängerung der Verträge, solange die Neuorganisation noch nicht klar ist.

Frau Bollmeier schlägt vor, einen formalen Antrag ans BMUB zu stellen.

TOP 5: Notfallvorsorge / Drainage / Risikoabwägung:

- AGO-Stellungnahme zum BfS-Bericht Risikoabwägung

Frau Stumpf präsentiert die Stellungnahme der AGO in einem Folienvortrag.

Frau Wiegel wünscht vom BfS die Vorlage von nachvollziehbaren Unterlagen.

Herr Tietze erklärt, die Risikoabwägung dient als Entscheidungsgrundlage für das BfS. Sie diene nicht dazu, Fragen aus der a2b zu klären.

Herr Tietze teilt die Einschätzung der Stellungnahme im Vortrag von Frau Stumpf nicht.

Herr Kreusch: Die methodischen Fehler bei der Abwägung des BfS führen zu einem Problem bei der Gesamtaussage.

Herr Krupp macht auf die Gefahr des Aufstaus von Lösungen in den Einlagerungskammern bei Verfüllung der Richtstrecke aufmerksam und kritisiert, dass dieser Umstand und Folgeentwicklungen nicht betrachtet worden ist. Weiterhin müssen die Umsetzung des Topfkonzeptes und die Betonierarbeiten gestoppt werden. Er weist daraufhin, dass im Fall eines nicht beherrschbaren Lösungszutritts die von oben eindringenden Lösungen direkt in die verbleibenden Resthohlräume der Einlagerungskammern kanalisiert werden.

Herr Tietze teilt die Arbeitshypothese von Herrn Krupp nicht. Das BfS sieht im Fall eines Notfalls die Verfüllung der Einlagerungskammern vor. Die Bergetechnik wird für den Umgang mit vernässten Abfällen ausgelegt.

Nach Abschluss der Maßnahmen der Notfallplanung werden im Zuge der Rückholung Zugänge zu den Einlagerungskammern geschaffen werden müssen, die die Wirkung der Notfallplanung bezüglich des erreichten Sicherheitsniveaus verringern.

Herr Wypich erwartet, dass wenn es von den Wissenschaftlern Hinweise gibt, dass die Sicherheit für die Region und das Personal im Schacht durch die Vorgehensweise des BfS verringert wird, man diese Punkte aufgreift und nicht pauschal antwortet: „Ich teile nicht ihre Meinung“.

Herr Tietze: Zu dem AGO-Bericht wird es eine schriftliche Stellungnahme des BfS geben. Das BfS diskutiert sämtliche Planungen mit den Experten der Asse-GmbH und gebundenen sonstiger Auftragnehmer.

Herr Nagel: Ich vermisse die wissenschaftlich technische Begründung, warum die AGO-Vorschläge nicht berücksichtigt wurden?

Herr Tietze: Die Argumente werden seit mehr als vier Jahren diskutiert. Zu allen Unterlagen gibt es entsprechende Stellungnahmen des BfS. In grundlegenden Fragen kam es nicht zu einer Annäherung.

Herr Kramer: Welche anderen Hohlräume im Bergwerk könnten zur Stabilisierung erstmal verfüllt werden?

Herr Kramer fühlt sich mit seinen Argumenten vom BfS nicht ernst genommen.

Frau Stumpf: Die Behördenvertreter sind Teilnehmende der AGO-Sitzungen. Dort werden die Argumente ausgetauscht und diskutiert.

Herr Lauenstein: Am 15.02.16 wurde der bergrechtliche Zulassungsantrag von der Asse GmbH beim LBEG eingereicht. Die Zulassung erfolgte am 10.08.16. Bereits am 06.07.16 wurden Entwurfsfassungen der AGO-Stellungnahmen dem NMU vorgelegt und von diesem unverzüglich an das LBEG weitergeleitet. Die Unterlagen gingen in den Zulassungsprozess mit ein.

Herr Wiegel: Wie ist die Aussage zu verstehen „Die Kammern bleiben nicht offen. Es wird alles vorbereitet, sie bei einem AÜL noch rechtzeitig zu verfüllen. Wenn wir es nicht können, müssen wir ggfs. vorher verfüllen.“

Herr Tietze: Als Grundlage für die Bewertung dienen je nach sich entwickelndem Kenntnisstand Szenarienbetrachtungen zum Verlauf eines Notfalls.

Herr Schröder: Ich erwarte, dass das BfS erst mit der Verfüllung beginnt, wenn die von der AGO aufgedeckten Mängel ausgeräumt worden sind. Es müsste eine Abwägung zwischen konkreten Maßnahmen der Notfallplanung und der Rückholung geben!

Herr Tietze führt aus, dass er und das BfS sich der Kritik der AGO stellen werden. Dies wird im Zuge einer schriftlichen Stellungnahme vor Beginn der Verfüllung erfolgen.

Frau Steinbrügge: Die Frage „Wie wird mit den Empfehlungen aus dem Begleitprozess umgegangen?“ ist eine zentrale Aufgabenstellung, die bei der Anpassung des Begleitprozesses berücksichtigt werden muss.

Herr Riekeberg erwartet, dass sich das BfS mit der Kritik und den Vorschlägen der AGO argumentativ auseinandersetzt.

- NEU: Forderungen des A2K

Frau Wiegel verliest folgenden Redetext:

„Forderungen des Asse II Koordinationskreis (A2K)

- Der A2K fordert ein sofortiges Aussetzen der Verfüllung der 2. Südlichen Richtstrecke, 750m Sohle und eine kritische Aufarbeitung der Probleme – „Moratorium“.
- Der A2K fordert die Einbindung der Rückholung in die Notfallvorsorge und die Revidierung des Topfkonzeptes.
- Der A2K fordert die radiologischen Risiken des Topfkonzeptes zu beachten und ernst zu nehmen.
- Der A2K fordert die Einbindung und Berücksichtigung der AGO Stellungnahmen bei den Zulassungen und Genehmigungen.

- Der A2K fordert das BfS, BMUB, LBEG und NMU auf, die AGO-Vorschläge und AGO-Stellungnahmen unverfälscht (unabgewandelt) ernsthaft zu prüfen und wissenschaftlich nachvollziehbar dazu Stellung zu nehmen.
- Der A2K fordert das LBEG und NMU auf, im Sinne der Rückholung mitzuarbeiten.
- Der A2K fordert das BMUB auf, seine Aufsichtspflicht gegenüber dem BfS wahrzunehmen und nicht BfS-Aussagen nur zu übernehmen.
- Der A2K fordert das BfS auf nachzuweisen, wie radioaktiv kontaminierte Lauge von mehr als 1m³ / Tag entsorgt werden kann.
- Der A2K fordert das BfS auf, alle Handlungen zu unterlassen, die zu einer weiteren Vernässung des chemo-toxischen und radioaktiven Mülls führen könnten.
- Der A2K fordert das BMUB, BfS, NMU, LBEG auf, die „Tricksereien“ zu unterlassen, die vor allem in der Nichtberücksichtigung der wissenschaftlichen AGO-Stellungnahmen bestehen.“

- **Zu den Forderungen der a2b vom 02.09.2016**

Frau Steinbrügge fragt nach Neuerungen und Ergänzungen. Es gibt keine Wortmeldungen zu diesem Punkt.

- **Konsequenzenanalyse**

Herr Mohlfeld erläutert die Konsequenzenanalyse anhand eines Folienvortrages. Der Beitrag wird dem Protokoll angefügt.

Herr Krupp: Was sind die Ergebnisse der Konsequenzenanalyse? Wieviel Zeit haben Sie bei Eintritt eines AÜL?

Herr Mohlfeld: Die aktuellen Ergebnisse stehen noch aus.

Herr Krupp: Werden zuerst Tatsachen geschaffen und dann die Konsequenzenanalyse durchgeführt?

Herr Tietze führt aus, dass es viele Handlungsstränge, die es parallel zu verfolgen gibt, im Projekt gibt. Für den Handlungsstrang der Umsetzung der Notfallplanung ist aus Gründen der bestmöglichen Schadensvorsorge ein heutiges Handeln erforderlich.

Herr Wiegel fragt nach, mit welchen Maßnahmen gezielt reagiert werden soll, wenn bei der Rückholung lokal eine Einlagerungskammer geöffnet und damit das Notfallkonzept durchbrochen wird.

Herr Tietze: Die Beantwortung dieser Frage ist genau das Ziel der Konsequenzenanalyse. Die Konsequenzenanalyse befindet sich im Aufbau.

Herr Hoffmann: Liegt der Risikoabwägung eine Konsequenzenanalyse zugrunde?

Herr Tietze: Nein. Heute sollte die Konsequenzenanalyse vorgestellt werden.

Herr Mohlfeld: Die Konsequenzenanalyse beruht auf derzeitigem Datenstand mit Ungewissheiten. Ein Langzeitsicherheitsnachweis ist bisher nicht möglich.

Herr Kramer fragt nach den Verträgen zur Entsorgung der Lauge. Diese Laufen zum Jahresende aus. Hängen die bevorstehenden Verfüllmaßnahmen eventuell damit zusammen?

Herr Hart bekräftigt das Interesse des Bundes, die radioaktiven Abfälle rückzuholen, vor dem Hintergrund der Endlagersuche. Dort heißt es, die radioaktiven Abfälle müssen bergbar sein.

Frau Wiegel fragt, ob die chemisch-toxischen Bestandteile bei der Konsequenzenanalyse der Abfälle ebenfalls berücksichtigt werden.

Herr Tietze/Herr Mohlfeld bejahen die Frage.

TOP 6 neu: Bericht aus dem NMU

Herr Lauenstein und Herr Leist berichten und legen ihre Berichte dem Protokoll bei.

TOP 7 neu: Bericht aus dem LBEG

Herr Rückwald berichtet und gibt seinen Bericht zum Protokoll.

TOP 8 neu: Bericht aus der AGO

- Parameterstudie

Der TOP wird vertagt auf den nächsten Termin.

- Bergetechnik

Der TOP wird vertagt auf den nächsten Termin.

TOP 9 neu: Sachstandberichte des BfS

Herr Tietze berichtet über den Fortschritt bei der geologischen Geländeaufnahme. Prof. Dr. Werner Schneider (TU Braunschweig) gewährte Unterstützung bei der geologischen Kartierung des Asse Höhenzuges.

- Standortsuche Zwischenlager: Verfahrensstand und weitere Schritte

Die Standortsuche ist weiterhin planmäßig in Arbeit. Der vereinbarte Kriterienkatalog wird angewendet. Die AGO wird künftig zum Stand informiert. Bis zum Abschluss des Verfahrens wird nicht detailliert über Teilschritte in Bezug auf konkrete Liegenschaften informiert.

- **Strategische Vorgehensweise der Rückholung**

Das Vorgehen umfasst vier Handlungsstränge:

- Entwicklung und Erprobung von Rückholungstechniken
Marktrecherche, Erprobung erster Techniken und Identifizierung von Entwicklungsbedarfen wird zu 100% vom KIT bearbeitet.
- Planung der Rückholung der Abfälle von der 750-m-Sohle
Die Konzeptplanung läuft seit Mai 2015.
- Planung der Rückholung der Abfälle von der 725-m-Sohle
Die Konzeptplanung läuft seit Februar 2016.
- Planung der Rückholung der Abfälle von der 511-m-Sohle
Die Konzeptplanung befindet sich im Vergabeverfahren.

- **Verwertung der Zutrittslösung**

Zu diesem Punkt wird nicht berichtet.

- **Schacht 5**

Herr Tietze: Die ursprünglich angenommene Geologie war nicht real. Aufgrund starker Abweichungen zwischen der erwarteten und der angetroffenen Geologie und der Notwendigkeit den Erkundungsumfang zu erweitern, sind Verzögerungen eingetroffen.

Herr Köhler: Ziel ist, so schnell wie möglich den Schacht abzuteufen. Die Terminlage für das Festlegen eines Schachtansatzpunktes ist in Prüfung.

In der Bohrung Remlingen 15 werden verschiedene Testsprengungen in unterschiedlichen Tiefen durchgeführt. Erkundungsziele sind die Auswirkungen der Erschütterungen auf das Grubengebirge und die Wahl des Schachtabteufverfahrens.

Bei damaligen geophysikalischen Arbeiten ging es um die Erkundung der Umgebung.

- **3D-Seismik**

Zu diesem Punkt wird nicht berichtet.

TOP 10: Fragen aus der Bevölkerung

Frau Jagau: Wo werden die Akten archiviert (Asse GmbH, BfS)? Ist KUKA eingebunden? Wird das Vergaberecht berücksichtigt?

Herr Tietze: Die Akten werden in den Räumlichkeiten des BfS und der Asse GmbH archiviert, dies in Papierform und in elektronischer Form. Eine Besonderheit stellt das Endlagerarchiv dar, das zu einer „dauerhaften“ Dokumentation von Entscheidungsprozessen und zur Dokumentation der Schachanlage dient.

Herr Köhler: Roboter der Fa. KUKA sind voraussichtlich nicht vom KIT aufgenommen.

Herr Tietze: Ja, das öffentliche Vergaberecht wird angewandt.

Frau Kuchenbecker:

- 1) Warum werden fertiggestellte Unterlagen erst nach einem halben Jahr weitergegeben an die AGO?
- 2) Wird das Atomrecht bei den Genehmigungen zur Verfüllung berücksichtigt?
- 3) Frau Schwarzelühr-Sutter war im Februar 2015 das letzte Mal da. Ihre Anwesenheit gehört zur Dienstaufgabe. Wie wird die persönliche Abwesenheit von Frau Schwarzelühr-Sutter begründet?

Herr Tietze:

Zu 1) Die Machbarkeitsstudie und die Risikoabwägung wurden gebündelt veröffentlicht, da ein enger inhaltlicher Zusammenhang besteht.

Zu 2) Ja, durch die Zustimmung der Bundesatomaufsicht beim BfE. Prüfkomplexe sind der Einfluss auf die Rückholung, die Langzeitsicherheit sowie Störfälle.

Zu 3) Frau Sefzig, Herr Hart und Herr Eilers vertreten das BMUB auf der heutigen Sitzung. Frau Schwarzelühr-Sutter ist entschuldigt.

Wie tief kann man mit der 3-D-Seismik schauen? – Ca. 700 m tief.

Frau Bischoff:

Welche Fristen zur Aufbewahrung der Dokumentation bestehen? – Herr Tietze teilt mit, dass es Fristen gibt.

Wieso kann Kali und Salz 7 Mio. m³/a nahezu kostenlos in Oberflächengewässer einleiten, wogegen die ca. 4000 m³/a aus der Asse mit hohen Kosten in Mariaglucke eingebracht werden? – (Die Frage bleibt unbeantwortet).

Warum breitet die a2b die internen Probleme in der A2B aus und als Folge werden die AGO-Verträge vom BMUB als Disziplinierungsmaßnahme nur für ein halbes Jahr verlängert?

Herr Schillmann: Es gibt keine Probleme der a2b im Zusammenhang mit der AGO, die in der A2B ausgebreitet werden. Es herrscht Einvernehmen aller Mitglieder der a2b klein, die Verträge für alle 5 Akteure fortzuschreiben.

Die Planung der Sitzungsdauer soll überdacht werden!

TOP 11: Verschiedenes

Herr Wiegel fragt zum Magnesium-Chlorid-Lager: Welche Störfallbetrachtungen wurden durchgeführt? Welche Auflagen wurden erteilt?

Herr Schillmann sagt zu, mit den Antworten auf Herrn Wiegel zuzugehen.

Frau Steinbrügge kündigt eine Öffentlichkeitsveranstaltung der a2b am 15.12.16 zum Thema „Verfüllung- Offenhaltung“ an. Das Konzept und der Veranstaltungsort sind noch offen. Eine Beteiligung von Behörden und Betreiber als Referent und im Podium ist gewünscht!

TOP 12: Terminabsprachen

Die Termine für 2017 sind noch nicht festgelegt.

gez.



Anlagen

- Präsentation „AGO-Stellungnahme zur BfS-Unterlage – Risikoabwägung für das weitere Vorgehen im Bereich der 2sRnW750“. Abgestimmte Endfassung vom 18.10.2016. (Frau Stumpf, KIT)
- Präsentation „Konsequenzenanalyse (KQA)“ (Herr Mohlfeld, BfS)
- Bericht aus dem NMU (Herr Lauenstein und Herr Leist)
- Bericht aus dem LBEG (Herr Rückwald)